

[Stojanović, Nenad. 2018. «Direkte Demokratie gegen Populismus», in *Sozialalmanach 2018. «Wir und die Anderen: Nationalismus»*. Luzern: Caritas-Verlag.]

Direkte Demokratie gegen Populismus

Nenad Stojanović
Universität Luzern

Die Direkte Demokratie ist eine populäre Institution.*¹ Eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sieht in ihr ein wichtiges Element ihrer nationalen Identität.² Keine Schweizer Partei stellt sie infrage. Vergessen wir mal Föderalismus, Neutralität, Bankgeheimnis: All diese, früher als unantastbar geltenden Merkmale der Schweiz wurden in den letzten Jahren stark reformiert und in letzterem Fall sogar völlig ausgehebelt. Nicht aber die Direkte Demokratie: Sie ist und bleibt die wahre heilige Kuh der Eidgenossenschaft. Als im Juni 2014 bekannt wurde, dass die Bundeskanzlei eine «geheime» Gruppe («Democrazia Vivainta») einberufen hatte, um sich mit der Reform der Direkten Demokratie zu befassen, ging ein Schrei der Empörung durch die Öffentlichkeit. In der Folge verschwand das Projekt in der Versenkung.³

Im Ausland sieht die Lage völlig anders aus. Zwar zeigen Umfragen, dass sich auch Bürgerinnen und Bürger anderer Länder mehr direkte Beteiligung bei politischen Entscheiden wünschen.⁴ Zu einem Aufschwung der Direkten Demokratie hat dies aber kaum geführt. Nach meiner Einschätzung liegt der Grund dafür vor allem bei den politischen, wirtschaftlichen und akademischen Eliten: Sie befürchten, dass die Direkte Demokratie den Populisten Tür und Tor öffnet⁵, ihnen als Instrument dient, die Machtverhältnisse umzutossen und schliesslich die Wahlen zu gewinnen, was letztlich zur Abschaffung der Demokratie führen könnte.

Die Skepsis gegenüber der Direkten Demokratie ist auch deswegen verbreitet, weil die meisten populistischen Parteien mehr Direkte Demokratie fordern. Auf europäischer Ebene haben sie 2014 sogar eine «Allianz für Direkte Demokratie in Europa» gegründet. Parteien wie UK Independence Party (UKIP) in Grossbritannien, die Schwedischen Demokraten und die Alternative für Deutschland (AfD) gehören dazu. Ein AfD-Politiker sagte gar öffentlich, dass er die «Verschweigerung Deutschlands» voranbringen wolle.⁶

Ziel des vorliegenden Essays ist es, zu zeigen, dass die Skepsis der Direkten Demokratie gegenüber auf wackligen Beinen steht. Im Gegenteil: Ich möchte die These wagen, dass eine lebendige Direkte Demokratie den Erfolg populistischer Bewegungen konstant und strukturell untergraben kann. Als Vorbild darf das Schweizer Modell der Direkten Demokratie dienen, insbesondere mit seinen Instrumenten Volksinitiative und fakultatives Referendum.

Zunächst, im ersten Abschnitt, zeige ich, dass die Direkte Demokratie die populistische Fiktion untergräbt, dass das «Volk» eine homogene Einheit bildet. Im zweiten Abschnitt erläutere ich ihre Ventilfunktion, die den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, ihrem Unmut gegenüber der «Classe politique» Luft zu machen. Im dritten Abschnitt diskutiere ich die wichtigsten Gründe der Skeptiker der Direkten Demokratie und zeige, daran anknüpfend, im

vierten Abschnitt auf, wo Reformbedarf besteht. Im Ausblick gehe ich schliesslich auf das Potenzial der Direkten Demokratie ein, insbesondere für kulturell heterogene Gesellschaften.

Das Volk ist nicht homogen

Ein wesentliches Merkmal von Populisten ist, dass sie nicht nur antielitär, sondern auch antipluralistisch sind. Jan-Werner Müller, Professor für Geschichte des politischen Denkens in Princeton, bringt die antipluralistische Logik des Populismus auf den Punkt: «Ihr Anspruch lautet stets: Wir – und nur wir – vertreten das wahre Volk». ⁷ Das «wahre Volk» wird dabei als eine Einheit, als eine homogene Gemeinschaft dargestellt. Weiter Müller: «Der Populist operiert stets mit folgender Gegenüberstellung: auf der einen Seite das moralisch unbefleckte, homogene Volk, auf der anderen die korrupten oder zumindest unfähigen Eliten.» ⁸

Es ist relativ einfach – so meine These –, diese Fiktion in Ländern zu verbreiten, in denen man die Stimmbürgerinnen und -bürger eigentlich nie fragt, was sie über eine bestimmte politische Sachfrage denken. «Das Volk will keine Einwanderer mehr», behaupten Populisten wie Marine Le Pen. ⁹ Wie das Volk aber tatsächlich in dieser Frage abstimmen würde, wissen weder wir noch die Populisten. Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Vergangenheit den diesbezüglichen populistischen Anspruch, den Volkswillen zu kennen, mehrmals Lügen gestraft. Das Volk konnte sich mehrmals zur Immigration äussern: Mit einer Ausnahme sind seit 1970 sämtliche Vorlagen gegen die Einwanderung gescheitert. ¹⁰

Trotzdem: Ja, die Masseneinwanderungsinitiative wurde am 9. Februar 2014 knapp (50,3 Prozent) angenommen (wenn man die leer eingelegten Zettel als Nein-Stimmen zählen würde, wäre auch diese Initiative mit 49,8 Prozent gescheitert). Ist das ein Grund dafür, die Direkte Demokratie als Institution abzulehnen? Nein. Der Wahlerfolg von populistischen und oft xenophoben Parteien (des Front National in Frankreich, der UKIP in Grossbritannien, der Lega Nord in Italien und anderer) ist zwar besorgniserregend; ich habe aber niemanden fordern hören, dass diese Länder deshalb freie Wahlen und die repräsentative Demokratie abschaffen sollten.

Also, wenn wir mal den knappen Entscheid vom 9. Februar 2014 ausklammern, kann man sagen: Nein, entgegen den populistischen Parolen will die Mehrheit der Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger die Einwanderung nicht stoppen. Wollen das auch die Franzosen, die Deutschen, die Briten, die Spanier nicht? Das wissen wir schlicht und einfach nicht, weil sie darüber nie abstimmen durften. Für die populistischen Parteien wie den Front National, die UKIP oder die AfD ist es somit einfach, «im Namen des Volkes» zu reden.

Die Ventilfunktion von Volksinitiativen

Die Instrumente der Direkten Demokratie, insbesondere die Volksinitiative, erfüllen mehrere Funktionen im politischen System. Eine davon ist die Ventilfunktion, wie etwa Wolf Linder, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern, betont. ¹¹ Dank der Volksinitiative können unzufriedene Bürgerinnen und Bürger den «Protest gegen das System gleichsam wie Dampf [ablassen]». ¹²

Nehmen wir die Moslemfeindlichkeit als Beispiel. Sie verstärkt sich in mehreren europäischen Ländern¹³ und bildet das Herzstück der populistischen Pegida-Bewegung in Deutschland. Ihre Demonstrationsserie hat in Dresden angefangen, und ihr Name – «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» – bringt ihr Anliegen auf den Punkt.¹⁴

Es stimmt: Auch in der Schweiz gibt es Moslemfeindlichkeit. Trotzdem konnte sich eine Bewegung wie die Pegida – trotz mehrerer Versuche – hierzulande nicht etablieren. Auch gewalttätige Attacken gegen Asylheime gab es in der Schweiz kaum. Vielleicht deshalb nicht, weil die Direkte Demokratie dem Schweizer Bürger das «Dampfablassen» ermöglicht, er ab und zu mit einem Ja oder Nein an der Urne seine Frustration äussern kann?¹⁵ Islamophobe Schweizer Bürgerinnen und Bürger konnten ihre Unzufriedenheit in der eidgenössischen Abstimmung gegen den Bau von Minaretten oder im Kanton Tessin in der Abstimmung über das Burka-Tragverbot kundtun. Die Abstimmungsergebnisse sind zu bedauern. Eine Bewegung wie die Pegida ist aber deutlich beängstigender. Auch der Politologe Marc Bühlmann von der Universität Bern schreibt: «Zu untersuchen wäre die These, ob sich die Protestphänomene wie Pegida oder Podemos in der Schweiz deshalb nicht durchsetzen, weil hier die kritische Debatte andauernd direktdemokratisch befeuert wird.»¹⁶

Mit anderen Worten: Wer mitentscheiden darf, schürt nicht unbedingt Ängste und Konflikte auf der Strasse. Wenn diese These stimmt, könnte eine Stärkung der Direkten Demokratie in Deutschland den Anfang vom Ende für die Pegida und ähnliche Bewegungen bedeuten.

Zurzeit kann ich diese These wissenschaftlich nicht belegen. Generell ist aber die Ventilfunktion von Volksinitiativen wissenschaftlich anerkannt. 12 von 135 Initiativen, die zwischen 1987 und 2015 lanciert wurden, gehören eindeutig in diese Kategorie.¹⁷

Heutzutage ist es wahrscheinlich, dass populistische Volksanliegen an der Urne gewinnen können, wie etwa das Burkaverbot im Kanton Tessin. Doch ist die Lage in rein repräsentativen Demokratien besser? Bis im Juni 2017 hatten bereits Länder wie Frankreich, Belgien und Österreich ein Burkaverbot beschlossen.

Gründe zur Skepsis gegenüber der Direkten Demokratie

Wieso denken viele, dass die Direkte Demokratie dem Populismus Vorschub leistet? Der wichtigste Grund liegt in der Annahme der vermeintlichen Ignoranz oder sachpolitischen Inkompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Wer soll in einer Demokratie die Entscheidungen treffen? Nur die unmittelbar betroffenen Gruppen? Nur die Eliten? Wenn wir davon ausgehen, dass es bei jeder Entscheidung eine gute und eine weniger gute Lösung gibt, warum lassen wir nicht die Experten entscheiden? Sie sehen, worauf ich hinaus will: Wenn wir das befürworten, gehen wir in Richtung einer korporativen Oligarchie oder einer «Epistokratie», in der nur jene, die im Besitz des Wissens sind – also die Technokraten –, entscheiden dürfen.¹⁸ Ich habe Respekt vor jenen, die eine solche Regierungsform mit Mut und Engagement verteidigen; aber von Demokratie kann hier kaum die Rede sein.

Selbstverständlich kann das Volk dumme Entscheidungen treffen. Das ist aber keine nur der Direkten Demokratie inhärente Möglichkeit. Auch in der repräsentativen Demokratie besteht dieses Risiko. Immerhin hat eine relative Mehrheit der Deutschen – 37 Prozent im Juli

und 33 Prozent im November 1932 – für die Nationalsozialistische Partei gestimmt. Und in Bosnien haben im November 1990 75 Prozent der Wahlberechtigten den ethnonationalistischen Parteien ihre Stimme gegeben.¹⁹ Wenige Monate später brach der schlimmste Krieg in Europa seit 1945 aus.

Ein zweiter Grund zur Skepsis ist, dass in der Schweiz weniger als die Hälfte der Bevölkerung an Abstimmungen teilnimmt (zirka 46 Prozent), wobei die besser gebildeten und wohlhabenderen Gesellschaftsschichten übervertreten sind. Es ist zwar wichtig, die Stimm- und Wahlbeteiligung zu thematisieren und zu schauen, wer von seinen politischen Rechten Gebrauch macht und wer nicht.²⁰ Dies aber als Grundlage zu nehmen, sich für oder gegen die Direkte Demokratie auszusprechen, finde ich falsch. Wir wissen sehr gut, dass auch in einer repräsentativen Demokratie bestimmte Teile der Gesellschaft im Parlament stark über- oder untervertreten sind. Juristen und Männer etwa sind klar überrepräsentiert. Frauen dagegen findet man relativ wenig und einfache Arbeiter kaum. Ist das aber ein Grund, die repräsentative Demokratie als Regierungsform abzulehnen? Wenn nicht, dann muss man davon absehen, ähnliche Argumente gegen die Direkte Demokratie ins Feld zu führen.

Man kann sich aber die Frage stellen, wie die allgemein relativ schwache Stimmbeteiligung und die über- beziehungsweise unterdurchschnittliche Beteiligung bestimmter Gesellschaftsgruppen beseitigt werden kann. Italien zum Beispiel hat ein Quorum von 50 Prozent bei Referenden eingeführt. Im Kanton Schaffhausen bezahlen die Stimmberechtigten eine symbolische Busse von 6 Franken, wenn sie unentschuldigt einer Abstimmung fernbleiben. Das alleine führte bereits dazu, dass die Stimmbeteiligung in Schaffhausen um 15 bis 20 Prozent über dem Schweizer Durchschnitt liegt.²¹

Ein dritter Grund für die Skepsis gegenüber der Direkten Demokratie ist die «Tyrannei der Mehrheit». Wenn das absolute Mehr gilt (50 Prozent plus eine weitere Stimme), unterliegen auch starke Minderheiten. Klar, sie müssen den Entscheid akzeptieren. Das ist Demokratie. Das heisst aber nicht, dass sie nicht versuchen dürfen, eine neue Abstimmung über die gleiche Frage anzustreben, um zu versuchen, um die Mehrheit des Volkes doch noch zu überzeugen. Auch das ist Demokratie. Ein Beispiel dafür ist die RASA-Initiative, die den knappen Entscheid zugunsten der Masseneinwanderungsinitiative wieder annullieren möchte. Auch in einer Direkten Demokratie soll «kein Entscheid als sakrosankt oder als endgültig betrachtet [werden]».²²

Meiner Meinung nach übertreiben jedoch die Kritiker der Direkten Demokratie die Gefahr einer «Tyrannei der Mehrheit». Gerade die Schweizer Praxis relativiert paradoxerweise ein solches Risiko. Obwohl es sich um ein Majoritätsinstrument handelt, funktioniert die Direkte Demokratie in der Schweiz mit ihren vielen – vor allem sprachlichen – Minderheiten nicht nur gut, sie hat sogar wesentlich zur nationalen Kohäsion beigetragen.²³ Im Grunde wird die Direkte Demokratie in der Schweiz so angewendet, als ob das Land ein zentralisierter und unitaristischer Staat à la Frankreich wäre: Die Mehrheit von 50 Prozent plus eine Stimme der Stimmbürgerinnen und -bürger entscheidet. Von Föderalismus also fast keine Spur. Es ist wahr, dass es für Verfassungsänderungen auch eine Mehrheit der Kantone braucht, was durchaus ein föderales Element im direktdemokratischen Verfahren darstellt. Das ist aber kein Schutz für die Sprachminderheiten, da die grosse Mehrheit der Kantone deutschsprachig ist. Die Direkte Demokratie ist also ein zentripetales Instrument im schweizerischen Staatswesen, während Föderalismus im Grunde eine zentrifugale Institution darstellt.

Reformbedarf

Obwohl ich viele positive Aspekte der Direkten Demokratie – im schweizerischen Kontext – sehe, heisst das noch lange nicht, dass kein Reformbedarf vorhanden ist. Zwei Themen sollten dabei im Vordergrund stehen: die Vorprüfung der Volksinitiativen und Transparenz bei der Finanzierung der Unterschriftensammlungen und Abstimmungskämpfe.

In der Bundesverfassung (Art. 139 Abs. 3) steht bereits: «Verletzt die Initiative die Einheit der Form, die Einheit der Materie oder zwingende Bestimmungen des Völkerrechts, so erklärt die Bundesversammlung sie für ganz oder teilweise ungültig.» Leider reichte diese Bestimmung nicht, um die populistische Initiative gegen den Bau von Minaretten zu verhindern. Ich bin durchaus der Meinung, dass die Kontrollmechanismen klarer und besser sein sollten, um zu verhindern, dass die wichtigen Menschen- und Minderheitenrechte – und zwar auch solche, die nicht im «zwingenden Völkerrecht» aufgeführt sind – durch Volksentscheide verletzt werden können.²⁴ Die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), die 1974 von der Schweiz unterzeichnet wurde, müssen geschützt werden. Diejenigen, die damit nicht einverstanden sind, können jederzeit eine Volksinitiative lancieren, um zu sehen, ob das Schweizer Volk die EMRK kündigen will. Wie konkret sollten diese Kontrollmechanismen funktionieren? Eine Idee wäre, den Vorschlag von Heinrich Koller, dem ehemaligen Direktor des Bundesamts für Justiz, umzusetzen. Er schlägt vor, «eine Vorprüfung von Volksinitiativen durch ein parlamentarisches [nicht richterliches, Anm. des Verf.] Organ» einzuführen, um sicherzustellen, dass «grundlegende Struktur- und Verfassungsprinzipien (Kerngehalte der Grundrechte, die Verhältnismässigkeit, Gewaltenteilung, Bundesstaatlichkeit)» sowie «die funktionalen Organzuständigkeiten» keine Einbrüche erleiden.²⁵

Solange die Schweiz an der EMRK beteiligt ist, sollte sie die entsprechenden Bestimmungen schützen. Kurz gesagt: So wie die klassische repräsentative Demokratie «Checks and Balances» braucht – siehe zum Beispiel die Verfassungsgerichtsbarkeit durch den Supreme Court in den USA oder das Bundesverfassungsgericht in Deutschland –, um gewisse Grundrechte besser zu schützen, braucht auch die Direkte Demokratie Kontrollmechanismen. Es ist offensichtlich, dass in der Schweiz in diesem Bereich Nachholbedarf besteht.

Die zweite nötige Reform betrifft die mangelnde Transparenz bei der Finanzierung von Unterschriftensammlungen und Abstimmungskämpfen. Wir wissen nicht, wer ein bestimmtes direktdemokratisches Begehren finanziert und mit welchen Mitteln dies geschieht. Es gibt auch keine Obergrenzen bei den Spenden. Das Gleiche gilt auch für den Wahlkampf der Parteien. Dieses Problem ist seit langem bekannt, und die Schweiz wird immer wieder von der Groupe d'Etats contre la Corruption (GRECO) des Europarates wegen Korruption gerügt.²⁶ Eine Volksinitiative, die im Herbst 2017 mit mehr als 120 000 Unterschriften eingereicht wurde, will hier Transparenz schaffen, indem alle Beiträge über 10 000 Franken deklariert werden müssen.²⁷ Falls das Volk diese Transparenzinitiative annimmt, wäre ein erster grosser Schritt in Richtung mehr Transparenz bei der Ausübung der Direkten Demokratie in der Schweiz getan.

Ausblick

Die Direkte Demokratie ist kein Steilpass für Populisten. Im Gegenteil, sie kann die populistische Logik – und deren Erfolg – konstant untergraben, da sie den Mythos eines homogenen Volkes zerbricht und als Ventil für den populistischen Volkszorn dienen kann.

In manchen kulturell (sprachlich, ethnisch, religiös) heterogenen Gesellschaften stellt die Direkte Demokratie Risiko und Chance zugleich dar. In Ländern wie Belgien oder Bosnien wäre es sinnvoll, sie zunächst auf lokaler Ebene einzuführen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger schrittweise an dieses Instrument gewöhnen und die entsprechende politische Kultur entwickeln können. Um die Unterdrückung von Minderheiten zu vermeiden, wären qualifizierte Mehrheiten – wie die Regel des «Doppelmehrs» von Volk und Ständen im schweizerischen System – denkbar.²⁸

In solchen Gesellschaften sehe ich aber auch Chancen: Die Direkte Demokratie könnte wesentlich dazu beitragen, einen funktionierenden Demos – ein gemeinsames soziales und politisches Gebilde – zu entwickeln. Ohne einen gemeinsamen Demos kann die Demokratie kaum überleben. Darin liegt meiner Meinung nach das grösste Potenzial der Direkten Demokratie. Dies dürfte auch besonders wichtig für die Demokratie in der Europäischen Union sein, wo ja das «demokratische Defizit» immer wieder ein Thema ist.²⁹ Das Instrument der «europäischen Bürgerinitiative» ist ein erster Schritt in Richtung mehr Direkte Demokratie in der EU, ist aber noch viel zu bescheiden, um Wirkung auf die Entstehung eines gemeinsamen Demos zu haben, zumal eine erfolgreiche Bürgerinitiative nicht zur Abstimmung kommt, sondern nur eine unverbindliche Empfehlung zuhanden des EU-Parlamentes und der EU-Kommission ist.

Mit anderen Worten: Nicht jede Form der Direkten Demokratie kann die Wirkungen erzielen, die ich in diesem Essay geschildert habe. Ein Blick auf die Schweiz zeigt, dass man sich auf die Bottom-up- und nicht auf die Top-down-Instrumente der Direkten Demokratie konzentrieren soll. Entscheide dürfen nicht nur von der politischen Elite getroffen werden, auch die «einfachen Bürger» sollten als Korrektiv zu deren Macht Volksabstimmungen lancieren können. Darin besteht der entscheidende politische Vorteil der Direkten Demokratie gegenüber einer klassischen repräsentativen Demokratie.

Anmerkungen

* Ich bedanke mich bei Lea Portmann und beim Lektor dieses Sammelbandes für ihre wertvolle Kommenare und Korrekturen.

¹ Die Direkte Demokratie wird im vorliegenden Essay mit einem grossen D geschrieben, weil sie «ein Set von Rechten, Institutionen und Verfahren [ist], die den Bürgerinnen und Bürger erlauben, über die Wahlen hinaus an der Entwicklung der Verfassung und der Gesetzgebung unmittelbar mitzuwirken» (Gross, 2016, S. 342).

² Vgl. Garessus, 2016.

³ Bühlmann, 2014.

⁴ Vgl. Donovan, Karp, 2006, S. 677.

⁵ Vgl. Offe, 2017.

⁶ Theile, 2017.

⁷ Müller, 2016a, S. 129.

⁸ Müller, 2016b.

⁹ Ginori, 2015.

¹⁰ Die Schwarzenbach-Initiativen in den 1970er-Jahren, die «18-Prozent-Initiative» im Jahr 2000, die Initiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» im Jahr 2002 und die Ecopop-Initiative, die am 30.11.2014 mit 74 Prozent der Stimmen abgelehnt wurde.

¹¹ Linder, 2012, S. 287.

¹² Caroni, Vatter, 2016, S. 192.

¹³ Vgl. www.islamophobieurope.com

¹⁴ Korsch, 2016, S. 112.

¹⁵ Vgl. das Ja zum Minarettverbot 2009 und das Ja zum Burkaverbot im Kanton Tessin 2013.

¹⁶ Bühlmann, 2015, S. 582 (Fn. 14).

¹⁷ Caroni, Vatter, 2016, S. 205.

¹⁸ Brennan, 2016.

¹⁹ Stojanović, 2014.

²⁰ Vgl. Kriesi, 1993.

²¹ Damit möchte ich nur ein paar mögliche Reformen aufzeigen. Ich befürworte die Quoren nicht, zumal sie auch den Gegeneffekt haben können, nämlich, dass die Gegner einer Vorlage an der Abstimmung nicht teilnehmen, um eben das Erreichen des Quorums zu verhindern (vgl. Gross, 2016, S. 258–261). Eine definitive Meinung betreffend den Stimmzwang hat sich bei mir noch nicht herauskristallisiert.

²² Bühlmann, 2015, S. 581.

²³ Stojanović, 2011.

²⁴ Vgl. Gross, 2016, S. 256–258.

²⁵ Koller, 2015, S. 567–568.

²⁶ GRECO, 2011.

²⁷ Volle Offenlegung: Der Schreibende ist Mitglied des Initiativkomitees (www.transparenz-ja.ch).

²⁸ Vgl. Stojanović, 2011, S. 110.

²⁹ Vgl. Kübler, Stojanović, 2014.

Literaturhinweise

Bächtiger André: Warum die Schweiz mehr Deliberation gut brauchen könnte. In: Brühlmeier, Mastronardi (Hrsg.): Demokratie in der Krise? Chronos, 2016, S. 29–41.

Brennan Jason: Against Democracy. Princeton University Press, Princeton, 2016.

Bühlmann Marc: Democrazia Vivainta. In: *Année politique suisse*, 22.6.2014. URL:

<https://anneepolitique.swiss/prozesse/55680-democrazia-vivainta> (3.7.2017).

Bühlmann Marc: Reformbedarf in der direkten Demokratie? Elitistische Einsprüche, partizipatorische Ansprüche und prozedurale Gelassenheit. In: *Leges*, Nr. 3, 2015, S. 571–583.

Caroni Flavia, Vatter Adrian: Vom Ventil zum Wahlkampfinstrument? Eine empirische Analyse zum Funktionswandel der Volksinitiative. In: *Legis*, Nr. 2, 2016, S. 189–210.

Donovan Todd, Karp Jeffrey A.: Popular support for direct democracy. In: *Party Politics*, Vol. 12, Nr. 5, 2006, S. 671–688.

Garessus Emmanuel: Les Suisses ont une confiance record à l'égard de la politique. In: *Le Temps*, 30.11.2016. URL: <https://www.letemps.ch/economie/2016/11/30/suisses-ont-une-confiance-record-legard-politique> (04. 07. 2017).

Ginori Anais: «Ich höre nur auf das Volk, das keine weiteren Einwanderer mehr will». In: *Die Welt*, 22.5.2015. URL: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article141323017/Ich-hoere-nur-auf-das-Volk-das-keine-weiteren-Einwanderer-mehr-will.html (04. 07. 2017).

GRECO: Evaluationsbericht über die Schweiz. Transparenz der Parteienfinanzierung, Oktober 2011. URL: <http://www.coe.int/en/web/greco/evaluations/switzerland> (3.7.2017).

Gross Andreas: Die unvollendete Direkte Demokratie. Verlag Werd & Weber, Thun/Gwatt, 2016.

Koller Heinrich: Wunsch und Wirklichkeit im Umgang mit Volksinitiativen – Methodik der Umsetzung anhand von drei Beispielen. In: *Leges*, Nr. 3, 2015, S. 567–568.

Korsch Felix: «Natürliche Verbündete»? Die Pegida-Debatte in der AfD zwischen Ablehnung, Anziehung und Ablehnung. In: Häuser (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Springer VS, 2016, S. 111–134.

Kübler Daniel, Stojanović Nenad (Hrsg.): Demokratie in der Europäischen Union. Ein Schweizer Beitrag zur Debatte. Schulthess, Zürich, 2014.

Kriesi Hanspeter: Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyennes et citoyens suisses. Seismo, Zürich, 1993.

Linder Wolf: Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven. Haupt-Verlag, Bern, 2012 (3., aktualisierte Auflage).

Müller Jan-Werner: Was ist Populismus? Suhrkamp-Verlag, Berlin, 2016a.

Müller Jan-Werner: Wie die Populisten ticken. In: NZZ Folio, November 2016b. URL: <http://folio.nzz.ch/2016/november/wie-die-populisten-ticken> (4.7.2017).

Offe Claus: Referendum vs. institutionalized deliberation: What democratic theorists can learn from the 2016 Brexit decision. In: Dædalus, Sommer, 2017, S. 14–27.

Stojanović Nenad: Limits of consociationalism and possible alternatives: Centripetal effects of direct democracy in a multiethnic society. In: Transitions, Vol. 51, Nr. 1–2, 2011, S. 99–114.

Stojanović Nenad: When non-nationalist voters support ethno-nationalist parties: The 1990 elections in Bosnia and Herzegovina as a prisoner's dilemma game. In: Southeast European and Black Sea Studies, Vol. 14, Nr. 4, 2014, S. 607–625.

Theile Charlotte: AfD-Vorbild wider Willen. In: Tages-Anzeiger, 21.6.2017. URL: <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/standard/vorbild-wider-willen/story/10139152> (4.7.2017).